



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Bismarckgeist

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarckgeist

Von Dr. Karl Buchheim

Imperium facile eis artibus retinetur,
quibus initio partum est.

Sallust, Bell. Cat. 2



Es ist ein alter Streit, ob Politik eine Aufgabe sei, moralische Versuche zu veranstalten und für gut erkannte Theorien in Wirklichkeit umzusetzen, oder aber eine Kunst, Macht zu erwerben und in der menschlichen Gesellschaft einen bestimmten Willen zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung darüber läßt sich keineswegs mit wenigen Worten treffen, namentlich weil es ja möglich ist, den Machterwerb und die Machtbetätigung als Mittel zur Erfüllung sittlicher Aufgaben zu betrachten. Jedenfalls scheint es, daß beide, Machttrieb und ethische Erkenntnis, nebeneinander und wohl auch oft gegeneinander und vielfach verschlungen den politischen Willen bestimmen und demnach als seelische Grundlagen vorhandener politischer Gebilde in Betracht kommen. Wollte man nun bei einem bestimmten solcher Gebilde die Willensvoraussetzungen seiner Existenz einmal erforschen, so wird die Aufgabe meist nicht leicht sein, zumal wenn die Grundlagen eines Staates schon in alter Zeit geschaffen worden sind. Denn die seelischen Zustände einer weitabliegenden Zeit sind ein Forschungsgebiet, das der historischen Wissenschaft schwer zugänglich ist. Die „Deutsche Geschichte“ von Lamprecht enthält vorzüglich Versuche, von dem Seelenleben auch der älteren deutschen Vergangenheit Begriffe zu bilden, und wo das etwa nicht geglückt sein sollte, wenigstens die Aufgabe und ihre Schwierigkeit ins rechte Licht zu stellen. Im Hinblick auf unsern gegenwärtigen Staat, das neue Deutsche Reich, verspricht ein Versuch, eine solche Aufgabe zu lösen, verhältnismäßig guten Erfolg. Denn das Reich ist in einer Zeit entstanden, die nicht weitab von der unseren liegt, aus der viele unmittelbare Quellen erhalten sind; und es ist nicht aus halb- oder unbewußten Trieben erwachsen, sondern von

einem großen und zwar dem eigenen Volke im vollen Lichte der Kultur mit bewußtem Willen angestrebt worden. Hier lohnt es sich wohl, einmal nach den Faktoren dieses Willens zu fragen: ob ethisch-kulturelle Überzeugungen oder der Drang zur Macht, zur Geltung im Rate der Völker ihn mehr und mit besserem Erfolg bestimmten.

Es ist kein Zweifel — schon Treitschke hat das mit Recht betont —, daß der nationale Gedanke in Deutschland eher als ethisch-literarische Forderung aufgetreten ist, denn als wirtschaftlich-machtpolitischer Anspruch. Aus den Humanitätsgedanken der Aufklärung, so universalistisch sie von Haus aus waren, erwuchs in folgerichtiger Fortentwicklung die Idee der Nation. Wir sehen sie reifen in unsrer klassischen Philosophie und Dichtung, vollstümlich werden in der Romantik, ehe noch die staatlich-wirtschaftlichen Verhältnisse als solche soweit fortgeschritten waren, daß ihnen die Erfüllung der nationalen Forderungen ein Bedürfnis erschien. Der Druck der napoleonischen Fremdherrschaft war es zunächst, der die Deutschen die Unzulänglichkeit ihres zerfahrenen politischen Zustandes am eigenen Leibe spüren ließ, und die erwachenden Interessen der Industrie und des Handels, die eine Überwindung der wirtschaftlichen Zersplitterung und des Krähwinkelgeistes verlangten, reichten allmählich die nationale Idee unter die Forderungen der täglichen Arbeit aufstrebender Volkskreise ein.

Der Freiheitskampf gegen Napoleon ist weit überwiegend mit sittlichen Argumenten geführt worden. Man begehrte die nationale Unabhängigkeit als Menschenrecht, man empfand das Machtstreben des korbischen Eroberers als einen Frevel gegen Gott und die Menschheit und sprach pathetisch von der Strafe, die ihn durch die Waffen der Freiheitskämpfer ereilen müsse. „Heilig“ nannte man die Allianz, in der damals Österreich, Rußland und Preußen beisammenstanden. Es war „kein Krieg, von dem die Kronen wissen“, sondern ein „Kreuzzug“ und ein „heiliger Krieg“. Gänzlich fern lag den Deutschen der Gedanke, Macht in Europa zu erlangen. Sonst hätte man sich nicht bei Verfassung des Deutschen Bundes, wie sie der Wiener Kongreß schließlich feststellte, beruhigt. Denn sie war zu allem eher geeignet als zu einem Instrument nationaler Macht. Der Bund war militärisch jämmerlich, und wenn Deutschland seit 1814 unabhängig von Fremdherrschaft blieb, so war das nicht Verdienst des Bundes, sondern seiner militärkräftigen Glieder Österreich und Preußen und Folge des Gleichgewichts der europäischen Großmächte. Als nun trotzdem die Unzulänglichkeit des Bundes immer offener wurde und der nationale Gedanke Fortschritte machte, blieb doch das ethische Interesse für ihn grundlegend. Nach nationaler Einheit zu streben um der Macht und Weltgeltung willen, womöglich gar auf Kosten auswärtiger Staaten, wäre von der deutschen öffentlichen Meinung als Äußerung eines unwürdigen National-egoismus verworfen worden.

Noch bei unserm ersten eigentlichen Reichsgründungsversuch, der im Jahre 1848 begann, herrschen die ethischen Beweggründe und das human-nationale

Pathos vor. Ganz charakteristisch hierfür ist das Ideal, das die Brust des Fürsten erfüllte, dem man damals die deutsche Kaiserkrone zudachte. Friedrich Wilhelm der Vierte ersehnte die Wiederherstellung des universalen christlichen Kaisertums und sah in ihm einen Eckstein von Gottes Ordnung auf Erden. Das Haus Österreich besaß den alleinigen Anspruch auf diese geweihte Krone. Darum hielt es der König für Usurpation, nach ihr zu greifen, wenn nicht der rechtmäßige Träger unzweideutig und freiwillig auf sie verzichtete. Er war folgerichtig durch alle Wechselfälle der Jahre 1848 und 1849, durch alles Zureden wohlmeinender Parteiführer und Minister nicht dazu zu bringen, eine deutsche Politik ohne Rücksicht auf Österreich oder gar gegen dieses zu treiben. An dieser sittlichen nationalen Überzeugung des Königs ist das Verfassungswerk der Paulskirche, nachdem über tausend Hindernisse hinweg doch etwas zustande zu kommen schien, gescheitert. Dabei waren die Staatsmänner, die Friedrich Wilhelm auf die Bahn einer deutschen Politik vom preußischen Gesichtspunkte aus zu drängen suchten, ihrerseits durchaus keine Propheten des nackten Staats-egoismus. Auch sie hofften ohne Blut und Eisen, durch Verträge, die niemandem sehr weh tun sollten, und durch freiwillige Vereinbarung eine deutsche Einheit aufzurichten zu können.

Das Jahr 1848 kennt in der preußischen Politik noch keinen Bismarckgeist, wenn es auch nicht ganz an Staatsmännern fehlte, die die Lösung der deutschen Frage mit richtigerer Einschätzung machtpolitischer Gesichtspunkte beurteilten. Zu ihnen gehörte der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff. Es ist bezeichnend, daß dieser Mann an derselben Stelle stand, an der später Bismarck das deutsche Problem mit durchdringender Einsicht studierte. Wir haben die Kopie einer Denkschrift Dönhoffs schon vom September 1847*), worin er eine Förderung der deutschen Einheit ohne und selbst gegen Österreich mittels Aufrihtung von Spezialvereinen mit andern deutschen Staaten nach dem Muster des Zollvereins empfahl. Wie in diesem für die Zollpolitik, so sollten nach und nach für andere Kompetenzen parallele Verbände geschaffen werden und in dieser Weise allmählich eine deutsche Einheit nach praktischen Interessen unter rein preußischer Führung erwachsen. Die in Deutschland damals noch ungewohnte ökonomisch-praktische Begründung der nationalen Politik klingt hier also deutlich durch. Nicht von der nationalen Idee, sondern von den Notwendigkeiten der Wirtschaft, Verwaltung, Landesverteidigung und vom Interesse Preußens geht Dönhoff aus. Er ist sich klar, daß solche Politik nur gegen Österreich gemacht werden könne, nur hofft er etwas optimistisch, der Kaiserstaat werde ihre Ergebnisse schließlich wie den Zollverein stillschweigend anerkennen. Die Denkschrift hatte an maßgebender Stelle keinen Erfolg. Aber als ein halbes Jahr später die Funken der Februarrevolution über den Rhein flogen und in Deutschland zündeten, da hielt Dönhoff seine

*) Aus dem Nachlaß Rudolf Camphausens, veröffentlicht von Erich Brandenburg, „Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung“ 1916, Seite 248 ff.

Zeit für gekommen. Wie vorher von den Gewissensbedenken gegen den Bruch mit Osterreich, so war er jetzt auch von Scheu vor dem „Bündnis mit der Revolution“ frei. Er hielt eine offene Verständigung der deutschen Regierungen und Preußens an ihrer Spitze mit der liberalen Partei für das Gebot der Stunde zur Niederhaltung der demokratischen Revolution und zur Aufrichtung der deutschen Einheit. Er riß seit dem 1. März den eingeschüchterten Bundestag aus seinem bisherigen Phlegma zu einer aktiven liberalen Politik fort, suchte aber vergeblich für seine Pläne in Berlin Anklang zu finden. In vieler Beziehung dürfen wir den Minister des Innern, Bodenschwingh, als seinen Gesinnungsgenossen betrachten, es gelang aber beiden nicht, ihren der politischen Denkweise des Königs gänzlich fremden Gedanken in der Regierung Boden zu verschaffen, und mit dem Zusammenbruch des alten Preußens am 18. März war der günstige Augenblick versäumt. Die Liberalen glaubten der preußischen Staatsmacht nicht mehr zu bedürfen, das reine Prinzip fühlte sich nunmehr erst recht als Herrn der Lage.

Dönhoff hat nachmals die Politik Camphausens unterstützt, die der seinen sehr ähnlich steht, aber doch von etwas veränderten Grundlagen ausgeht. Auch Camphausen wollte Preußen zu einem Bündnis mit dem Liberalismus bestimmen. Aber die Gedanken des zum Minister aufgerückten Kölner Kaufmanns und rheinischen Parteiführers waren von Haus aus ideologischer und ähnelten in dieser Beziehung mehr denen Heinrichs von Gagern, des Führers der Paulskirche. Gagern war kein Preuze und hätte es am liebsten gesehen, wenn das Haus Hohenzollern für die Kaiserkrone, die er ihm zudachte, ganz aufgehört hätte, eine preußische Königskrone zu tragen. Die acht preußischen Provinzen sollten selbständige Einzelstaaten des Reiches werden, nur daß sie als Landesherrn gemeinsam den Kaiser gehabt hätten, statt wie die anderen Staaten ihre eigenen Fürsten. Hingegen war Camphausen überzeugter Preuze und wollte die preußische Staatsmacht innerhalb des Reiches unverkürzt und ungeteilt erhalten. Aber in dem mehr ethischen als machtpolitischen Ausgangspunkt ihrer deutschen Ideen stimmen Camphausen und Gagern überein gegen Dönhoff, der den preußischen Staatsegoismus und den deutschen Machtgedanken stärker betonte. Camphausen hat auch als Staatsmann den friedliebenden Charakter des Kaufmanns behalten und immer lieber durch Vereinbarung als durch das Risiko eines offenen Bruches seine Ziele erreichen wollen. In die Unzulänglichkeit solcher Mittel hat Radowiz wahrscheinlich eine klarere Einsicht besessen als Camphausen. Radowiz war der alte Vertraute Friedrich Wilhelms des Vierten, der nach dem Scheitern des Frankfurter Verfassungswerkes und der Politik Camphausens die Lösung der deutschen Frage in die Hand nahm und als Leiter der sogenannten preußischen Unionspolitik in den Jahren 1849 und 1850 in der deutschen Geschichte allgemein bekannt ist. Radowiz ist an staatsmännischer Begabung und politischem Gedankenreichtum über Camphausen und Gagern zu stellen, zweifellos auch über Dönhoff, der es zu

einer eigentlich leitenden Stellung ja nicht hat bringen können. Als Mann der Tat reicht er, wie alle andern, an Bismarck nicht heran. Auch er war ein Politiker von ethischen Grundansichten. Er teilte die großdeutsch-christlich-universalistischen Ideen seines gekrönten Freundes, war aber weniger Romantiker und besaß einen klareren Blick für das Mögliche und für gangbare Wege zum Ziel. Wie für den König seine romantische Religiosität, so ist für Radowiz bezeichnend, daß er bewußter politischer Katholik, als Abgeordneter in Frankfurt Führer des dortigen katholischen Vereins war. Der Vorteil, den der Katholik vor dem evangelischen Romantiker in der Politik hat, liegt auf der Hand. Denn die katholische Kirche vereinigt in einer Weise, die nicht leicht wieder zu erreichen ist, eine ethisch-dogmatische Weltanschauung mit dem Instinkt für Praxis und Macht, wobei diese als Mittel zum Zweck in die Weltanschauung selber eingeordnet werden. Radowiz konnte sich so bei völlig fremden Prinzipien in manchen Punkten mit Dönhoff berühren. Auch er gedachte durch Spezialvereine von praktischen Bedürfnissen aus der deutschen Einheit Schritt für Schritt näher zu kommen, und auch er wußte, daß man nur ohne oder gegen Österreich etwas erreichen konnte. Trotzdem glaubte er dann wieder an eine höhere europäische Zusammengehörigkeit des erst unter sich geeinigten kleineren Deutschlands mit Österreich. Der engere Bund sollte von einem weiteren umschlossen sein. Diese Situation des jetzigen Weltkrieges hat, wie er, auch Gagern vorausgesehen, und Camphausen hat sie als möglich gelten lassen. Zur Ausführung seiner Pläne ist Radowiz freilich zuletzt doch nicht imstande gewesen, weil sich Preußen vor einem Krieg gegen Österreich als der Konsequenz seiner Unionspolitik damals scheute und sich in Olmütz der siegreichen Staatskunst des Fürsten Schwarzenberg unterwarf. Erst das rücksichtslose Bekenntnis zum entschiedenen Machtprinzip in der deutschen Politik Preußens hat ihr nachher unter Bismarck den Sieg verschafft.

Daß die deutsche Frage wirklich nur durch Blut und Eisen gelöst werden könne, das haben unter den Politikern von 1848 eigentlich nur die reinen Revolutionäre, die Republikaner der Paulskirche und vor allem die Führer der verschiedenen sächsisch-südwestdeutschen Aufstände erkannt. Diese Radikalen erstrebten die Verjagung sämtlicher Fürsten und die Umwandlung Deutschlands in eine unitarische Republik. Als die Nationalversammlung für konstituierend und souverän erklärt wurde, machte Otto von Corvin, der schon im April 1848 als einer der Führer des ersten badischen Aufstandes hervorgetreten war, den Vorschlag, sofort eine Armee unter dem Befehl der Frankfurter zu bilden, als deren Grundstock tausende von brotlosen deutschen Arbeitern in Paris zur Verfügung standen. Auf dieser Seite sah man also ein, daß die Volksvertretung niemals ihren Souveränitätsanspruch durchsetzen werde, wenn sie nicht für eigene Machtmittel gegen die Einzelstaaten und Fürsten Sorge. Die Paulskirche hat das von vornherein nicht begriffen und von ihrem Standpunkt aus gar nicht begreifen können. Den Radikalen fehlte alle wirkliche Macht zur Durchführung

ihrer Pläne, aber nicht die Einsicht in die machtpolitischen Realitäten. In dieser Beziehung hatten sie mehr Bismarckgeist als andere achtundvierziger Politiker.

Der eigentliche Sieger in der ganzen Bewegung der Jahre 1848 bis 1850 war die durch den Fürsten Felix Schwarzenberg erneuerte österreichische Staatsmacht. An ihr scheiterte die preußische Unionspolitik. Schwarzenberg wäre wahrscheinlich in der Lage gewesen, die deutsche Frage im österreichischen Sinne zu lösen, wenn er dieser Aufgabe das nötige Interesse entgegengebracht hätte. Er ist an realpolitischer Tatkraft mit Bismarck zu vergleichen, aber ihm fehlte die Überzeugung von einem deutschen Beruf Österreichs. Seine deutsche Politik verstand es meisterhaft, dem preußischen Konkurrenten die Waffen aus der Hand zu schlagen, aber nach dem Siege nun selbst ein neues Deutschland zu schaffen, dazu verstand er sich nicht. Er bekämpfte die preußische Politik unter Radowicz im Bunde mit den Mittelstaaten. Die Kleinstaaten sollten faktisch mediatisiert und der Souveränität der Königreiche unterstellt werden. Im Bundeszentralorgan, bestehend aus einem Königskollegium und einer Vertretung der Kammern und Regierungen, sollten nur Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover vertreten sein, und der Bund sollte zu einem leistungsfähigen Gesamtkörper gestaltet werden. Der österreichische Handelsminister Bruck entwickelte ein Programm, das bei seiner Durchführung die heute wieder erstrebte mitteleuropäische Wirtschafts- und Militäreinheit auf der Grundlage dieses sechsköpfigen Staatenbundes verwirklicht hätte. Aber Schwarzenberg nahm an diesen Plänen keinen inneren Anteil. Er benutzte sie bloß zur Bekämpfung Preußens. Über den deutschen Nationalgedanken dachte er skeptisch und begnügte sich nach dem Siege über Preußen, als auf den Dresdner Konferenzen 1851 sich den Bruckschen Wirtschaftsplänen Widerstände entgegenstellten, mit der einfachen Wiederherstellung des alten Bundestages in Frankfurt. Schwarzenbergs früher Tod beraubte überdies Österreich bald dieses kraftvollen Führers, und die Leistungsfähigkeit der zentralisierten neu-österreichischen Staatsmacht nahm von da an ganz allmählich ab bis zur Katastrophe von 1866, die den Kaiserstaat zur heutigen österreichisch-ungarischen Monarchie umgestaltete. Die positive Lösung der deutschen Frage, die Österreich kurz vorher noch einmal versuchte, ging nicht in den Bahnen der Schwarzenbergischen Machtpolitik, sondern hoffte wie die Frankfurter Großdeutschen von 1848 auf eine Reform des unreformierbaren Deutschen Bundes. Der leitende Geist dieser Pläne war denn auch derselbe Minister Schmerling, der schon in der Paulskirche das kleindeutsche Programm der Erbkaiserpartei bekämpft hatte. Auf dem Frankfurter Fürstentag von 1863 beantragte er ein fünfköpfiges Direktorium, eine Delegiertenversammlung aus den Einzellandtagen mit beratender Stimme, ein Bundesgericht und für wichtige Angelegenheiten periodische Fürstenkongresse. Der Geist Schwarzenbergs, der in der Macht den Duell politischer Gestaltung erkannte, lebte in diesen Versuchen nicht mehr. Inzwischen war seine Erkenntnis in Preußen aufgegangen.

Die Originalität der deutschen Politik Bismarcks besteht nicht in ihrem Inhalt. Der ehemalige Gegner der Staatsmänner von 1848 hat, als er selber berufen wurde, die deutsche Frage zu lösen, auf viele ihrer Pläne und Gedanken zurückgegriffen. Selbst vor demokratischen Institutionen wie dem allgemeinen Wahlrecht hat er sich nicht gescheut. Aber Bismarck war nicht gebunden durch jene ethische Grundanschauung von der deutschen Einheit und dem weltgeschichtlichen Beruf des deutschen Volkes, von der die Politiker der Paulskirche und die Staatsmänner Friedrich Wilhelms des Vierten bei allen Verschiedenheiten unter sich meist ausgingen. Die Grundpfeiler seiner Weltanschauung waren Standesbewußtsein und Königstreue; alle Politik über den Grenzen altpreussischen Staatslebens war für ihn mehr oder weniger ein Gebiet jenseits von Gut und Böse, wo die Macht das entscheidende Wort zu sprechen hat. Darin gleicht Bismarck dem Fürsten Schwarzenberg: wie dieser die deutsche Politik einzig und allein vom österreichischen Staatsinteresse aus beurteilte, so er vom preussischen, nur daß sie ihm von diesem aus nicht so nebensächlich erschien wie dem österreichischen Grandseigneur. Weniger um Deutschland als um Preußens willen ging er an die Lösung der nationalen Frage. Denn Preußen an der Spitze Deutschlands stellt eine größere Macht dar als Preußen allein. Und nicht weil er die nationale Einheit für ein Menschenrecht des deutschen Volkes angesehen hätte, erstrebte er sie, sondern weil er der Nation ein größeres Gewicht in Europa verschaffen wollte. Uns sind heute Dinge wie Weltgeltung und Großmachtsansehen unfres Volkes vertraute Begriffe geworden, wenigstens ist das Verständnis für ihre Bedeutung heute weiten Kreisen zugänglich. Damals aber waren Bismarcks Gedankengänge noch etwas Besonderes. Das deutsche Volk war gewohnt, seine Einheit zu ersehnen, weil es ein Recht darauf hätte, entweder ein historisches, das man aus der mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit ableitete, oder ein rationales, weil die Philosophie den Menschen und Völkern ein Selbstbestimmungsrecht zusprach. Bismarck dagegen wurzelte in anderen Rechtsüberzeugungen: er glaubte an ein Recht seines Staates auf Leben und Wachstum. Schon als jungem Mann schien ihm der Zweck der deutschen Einheit in der Machtgestaltung des Vaterlandes zu liegen. Deswegen war auch das Ziel seiner Politik einfach die Erhöhung der preussischen Macht. Es schloß die kleindeutsche Einheit in sich, ohne daß sie gerade Selbstzweck gewesen wäre. Auch mit einer auf Norddeutschland beschränkten Hegemonie hätte sich Bismarck begnügt, wenn es ihm nicht die Fehler der französischen Politik möglich gemacht hätten, unmittelbar nach dem Erwerb der norddeutschen Vorherrschaft schon Höheres ins Auge zu fassen (vgl. meinen Aufsatz „Frankreich und die Gründung des Norddeutschen Bundes“ in Nr. 29 der „Grenzboten“ 1916). Der machtpolitischen Grundüberzeugung Bismarcks entsprachen auch die Mittel seiner Leitung. Von vornherein rechnete er mit einer Entscheidung durch Blut und Eisen. Die ethischen Stimmungen der Politik der Heiligen Allianz, die proösterreichischen so gut wie die antifr-

zösischen, hielt er nieder. Erst spannte er im schleswig-holsteinischen Konflikt die österreichische Politik vor seinen Wagen, und dann lief er der verschlagenen Staatskunst Napoleons des Dritten den Rang ab, indem er sie um alle territorialen wie moralischen Kompensationshoffnungen nach dem Siege über Österreich betrog. Daher der Schlachtruf: „Revanche pour Sadowa!“, mit dem Paris in den Krieg von 1870 ging. Ohne, ja an gewissen kritischen Punkten selbst gegen den Willen seines Königs hat Bismarck diese Machtpolitik durchgeführt; gegen den Willen der deutschen öffentlichen Meinung ganz gewiß. König Wilhelm hielt ihn ja nur, weil er ihn gegen diese öffentliche Meinung brauchte, um seinen Konflikt gegen den preußischen Landtag durchzuführen. Den liberalen Rechtsfanatikern der inneren Politik ist Bismarck mit denselben machtpolitischen Grundsätzen entgegengetreten, nach denen er in den auswärtigen und deutschen Fragen verfuhr. Seine staatsmännische Persönlichkeit bietet darum ein Bild einheitlicher Überzeugung, das sich um so schärfer abhebt, je mehr in der deutschen oder wenigstens preußischen Staatskunst vor ihm andere Grundsätze herrschend waren.

In unserer heutigen politischen Öffentlichkeit und in den Stimmungen, mit denen unser Volk den gegenwärtigen Krieg durchkämpft, stehen sich immer noch die beiden Grundauffassungen über Politik, die ethische und die des Machtgedankens, die bismarckische und die vorbismarckische gegenüber. Wir haben unter uns ebensogut Leute, die sich die Leiden des Krieges mit dem Gedanken an die Weltmacht des deutschen Volkes versüßen, wie solche, die sich mit dem Recht, das doch endlich Recht bleiben müsse, und mit der Hoffnung auf eine sittlich bessere Zukunft der Menschheit trösten. Beide Grundstimmungen brauchen nicht scharf geschieden zu sein. Doch wird es dem Burgfrieden dienen, wenn man sich der Tatsache dieser polaren Gruppierung der Anschauungen wenigstens bewußt wird. Von hier aus wird man z. B. die viel beanstandeten Ausführungen des Münchener Professors F. W. Förster über deutsche Politik leicht begreifen, wenn auch nicht billigen. Es ist kein Zweifel, daß unser Deutsches Reich auf der Grundlage eines ausgesprochen machtpolitischen Willens erwachsen ist, der den Gesinnungen der meisten Deutschen damals nicht entsprach und vielleicht noch weniger entsprochen hätte, wenn er ihnen vollständig zum Bewußtsein gekommen wäre. Darum betont dieser Aufsatz das Besondere des Geistes der Bismarckschen Staatskunst, der vorher unter deutschen Politikern selten war. Diesen Bismarckgeist glaubt Förster auch heute noch ablehnen zu müssen, obwohl der gegenwärtige Krieg von der ehernen Notwendigkeit der Macht, die natürlich Heil und Unheil wirken kann, eindringlich genug zu uns redet. Die Deutlichkeit des Försterschen Standpunktes ist an sich anzuerkennen, aber wenn seine politische Moral den Lebensbedingungen des Staates nicht gerecht wird und die Sprache der Erfahrungen dieses Krieges nicht versteht, dann ist ihre Unzulänglichkeit erwiesen. Das Christentum für seine Sache ausschließlich in Anspruch zu nehmen, dazu hat Förster kein Recht. Er nennt den Geist des

neuen Deutschen Reiches „heidnisch“, weil er seine Überzeugungen mit Christi Lehre identifiziert. Es gibt aber ein Christentum, das den Machtgedanken nicht verwirft, vielmehr ihn in sich selbst verkörpert und durch äußere Geltung und Zucht für die Heilsverkündigung den Boden bewahrt, auf dem sie wirken kann. Das ist das Christentum, das Kirche geworden ist, und in diesem Kirchentum nicht etwa eine Verfälschung oder bestenfalls einen Notbehelf des Christentums sieht, sondern ein Stück seines notwendigen Wesens. Auch Bismarck, dieser Apostel „heidnischer“ Grundsätze in der deutschen Politik, war ein frommer Christ, sogar ein Befehrter, der sich durch eigenes Ringen nach einer pantheistischen Jugend den Weg zum Glauben zurückgebahnt hatte. Auch der Vertreter rücksichtsloser Machtpolitik kann für eine sittlich gute Sache kämpfen. Wer immerfort die Gerechtigkeit im Munde führt und ein fertiges Bild von Gut und Böse in der Welt hat, kann leicht in einen sehr unchristlichen religiösen Hochmut verfallen und da verurteilen, wo uns Menschen kein Richteramt zusteht. Die ethischen Politiker neigen immer ein wenig dazu, Vorsehung zu spielen. Die Weltgeschichte aber geht oft andere Wege, sie urteilt nach dem Kern und nach den Früchten, nicht nach den Mitteln, mit denen eine Sache sich durchsetzt. Durch Blut und Gewalt schreitet manchmal eine bessere Zukunft als auf dem engen Pfade ängstlicher Gerechtigkeit.

Auch uns wird der Krieg beim Friedensschluß oder später wahrscheinlich dazu berufen, neue politische Gebilde zu gestalten. Wir wollen dabei jenes Wortes altrömischer politischer Erbweisheit gedenken, das vor diesem Aufsatz steht. Dieser sollte in aller Kürze zeigen, daß das Deutsche Reich auf machtpolitischen Grundlagen geschaffen worden ist und nur auf ihnen errichtet werden konnte, nachdem es auf andere Weise vergeblich versucht worden war. Auch die Erfolge dieses Krieges, mögen sie nun groß oder klein ausfallen, wird nur die Macht erringen und bewahren können. Nicht die Verderblichkeit der Machtpolitik hat der Krieg erwiesen, sondern ihre immer neu befestigte eiserne Notwendigkeit. Unsere heutigen Feinde können auch nach dem Kriege nur durch unsere Macht und Tüchtigkeit zur Respektierung unseres Daseins veranlaßt werden, und unsere Bundesgenossen können nur an unserer Seite bleiben, wenn in dem mitteleuropäisch-orientalischen Kulturverbände feste Machtverhältnisse vorhanden und die Kompetenzen der einzelnen Mächte genau abgegrenzt sind. Ein Gebilde machtpolitischer Kompromisse, wie das Bismarcksche Deutsche Reich wird auch der Staatenbund sein müssen, zu dem dieser Krieg die Voraussetzungen schafft. In der Politik können nicht die Ideen über die Mächte herrschen, sondern die Mächte herrschen allein und umhegen dann Gebiete, in denen die sittlichen und schöpferischen Genien ihre Arbeit zu entfalten vermögen, in der wir die Bürgschaft für das ewige Heil und die bessere Zukunft der Menschheit finden.